A2 Demografischer Wandel und Digitale Transformation in Sachsen-Anhalt

Gremium:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	10.10.2024
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

Staatliche Handlungsfähigkeit und marode Infrastruktur werden das Thema der nächsten Legislatur werden. Warum muss man für einen Behördengang einen Weg zurücklegen, wenn es ausreichend wäre, nur die benötigten Informationen zu übertragen?
Der demografische Wandel stellt die Verwaltung in Sachsen-Anhalt vor große Herausforderungen, konsequente digitale Transformation bietet jedoch enorme Chancen, diese Herausforderung zu bewältigen. Um die Verwaltung zukunftsfähig zu gestalten, müssen beide Themenfelder Hand in Hand gedacht und digitale Transformation umgesetzt werden.
Mit 107 Einwohnern pro Quadratkilometer ist Sachsen-Anhalt dünn besiedelt und hatte 2022 mit einem Durchschnittsalter von 47,9 Jahren die bundesweit älteste Bevölkerung. Diese Altersstruktur macht auch vor der öffentlichen Verwaltung in Sachsen-Anhalt keinen Halt. Sie ist somit ein Abbild der restlichen Bevölkerung, mit ähnlichen Problemen und Herausforderungen. Von den 2,1 Millionen Einwohnern sind 790.000 älter als 60 Jahre und 1,12 Millionen älter als 50 Jahre. Mit anderen Worten: Wir können erwarten, dass innerhalb der nächsten 15 Jahre 300.000 Menschen im arbeitsfähigen Alter in Rente gehen und sich der Gesamtanteil der arbeitsfähigen Personen drastisch verringert (Quelle: Demografie-Portal). Politik und Verwaltung selbst müssen rechtzeitig Antworten darauf formulieren und umsetzen.

1. Demokratie und funktionaler Staat
„Demokratie“ bedeutet übersetzt „Herrschaft des Volkes“. Die heutige liberal-parlamentarische Demokratie basiert auf den Prinzipien der Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, dem Schutz von Minderheiten und Opposition, freien Wahlen, einer aktiven Zivilgesellschaft sowie der Wahrung von Grundrechten für alle Bürger*innen. All das gilt auch für den digitalen Raum und erfordert entsprechende Schutzmaßnahmen.

Staatliches Handeln ist eng mit der Wahrnehmung von "Politik" und dem Vertrauen in die Demokratie verbunden. Wenn der Zugang zu staatlichen Leistungen für Bürger*innen und Unternehmen kompliziert ist und Entscheidungen lange dauern, schwächt dies nicht nur die Handlungsunfähigkeit des Staates selbst, sondern gefährdet die Stabilität der Demokratie als solches.

Eine digital arbeitende und digital vernetzte Verwaltung ist nicht nur ortsunabhängig und flexibel, sondern auch schneller und resilienter gegen plötzliche Änderungen in einer schnelllebigen Welt. Eine Verminderung der Arbeitslast unserer Verwaltungen eröffnet ihnen Möglichkeiten und Ressourcen, die dringend benötigt werden, um auch mit weniger Personal vollumfänglich handlungsfähig zu bleiben.

Gleichwohl kann eine zentrale Datenhaltung und durchgängige Digitalisierung Gefahren in kriminellen Sinne, aber auch im Sinne des Machtmissbrauchs der Exekutive beinhalten. Cybersicherheit und Transparenz sind daher nicht nur lästige Schlagworte, sondern dringende Notwendigkeit und by-design immer mitzudenken.

Einer der größten Mehrwerte der Digitalisierung ist neben den offensichtlichen

technischen Vorteilen, die Notwendigkeit zur Überprüfung des Status-quo.

Bürokratieabbau kann nur gelingen, wenn dieser politisch gewollt ist und gleichzeitig bottom-up von den Mitarbeitenden getragen wird. So kann eine Transformation von Arbeitsweisen und Normen für eine neue bürgerfreundlichere und effizientere Verwaltungskultur wirklich zum Durchbuch kommen.

Über Government-as-a-Plattform soll technisch eine standardisierte Cloud-Infrastruktur bereitgestellt werden, in der digitale Lösungen und Basisdienste entwickelt bzw. zur Verfügung stehen. Für eine effektive zentrale IT-Steuerung und eine unterstützende Reform der Zuständigkeiten sind Anpassungen von Normen und Gesetzen auf allen föderalen Ebenen erforderlich, z.B. zur Reform der kommunalen Auftragsverwaltung wie bei der KfZ-Anmeldung mittels iKfZ-Online-Dienst. Darüber hinaus sollte das "Einer-für-Alle"-Prinzip im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes 2.0 weiter gedacht werden und Shared Service Center für digitale Verwaltungsleistungen eingerichtet werden.

Zentralisierung darf dabei aber kein Selbstzweck werden. Ziel der Reformen muss vielmehr die Entlastung der Kommunen unter Wahrung der Kompetenz vor Ort sein.

2. Personalbedarf und Fachkräftemangel
Insbesondere im ländlichen Raum ist der Fachkräftemangel eine zunehmende Herausforderung für die Verwaltung. Der demografische Wandel verschärft die Situation, da immer weniger junge Menschen nachrücken, wenn ältere in den Ruhestand gehen. Um dem entgegenzuwirken, müssen von Seiten des Landes den ländlichen Raum stärken und innovative Ansätze in der Verwaltung fördern. Dazu gehört unter anderem:

- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen, um Personalressourcen effektiver zu nutzen
- Attraktivere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten
- Flexible Arbeitsmodelle, die durch Digitalisierung unterstützt werden

3. Ganzheitliche Digitale Transformation statt Papierform nachdigitalisieren
Digitalisierung darf nicht nur die Übertragung analoger Prozesse in digitale Formate bedeuten. Wir fordern, dass Verwaltungsprozesse von Grund auf digital gedacht und umgesetzt werden.
Es ist notwendig, Betroffene zu Beteiligten zu machen und erfordert eine Änderung der Arbeitskultur. Ziel ist nicht, zunächst einen perfekten Plan zu erstellen und lange Zeit später umzusetzen, sondern agile Methoden zu wagen. Die Sachbearbeitung wird so in die Digitalisierungsprozesse einbezogen. Dies steigert die Effizienz und verbessert die Arbeitsabläufe.

Hierbei müssen:

- Bürger*innen und Unternehmen einen einfachen, nutzerfreundlichen und einheitlichen Zugang zu Verwaltungsleistungen erhalten,

- die Nutzung von gemeinsamen mindestens bundesweiten technischen Standards (einheitliche und einfache Benutzeroberflächen und -führung) gewahrt sein, um für Transparenz und Einfachheit zu sorgen, idealerweise in einer gemeinsamen "Deutschland-App."

4. Zusammenarbeit mit den Kommunen stärken
Eine zentrale Aufgabe muss die Stärkung der Kooperation zwischen Land und Kommunen sein. Die Kommunale IT-Union (KITU) spielt dabei derzeit eine Schlüsselrolle. Sie kann es ermöglichen, digitale Infrastrukturen gemeinsam zu nutzen und Verwaltungsprozesse zu standardisieren. So können Kommunen ihre Ressourcen bündeln und digitale Herausforderungen effizienter bewältigen.

Das Vorhandensein eigener digitaler Kompetenzen innerhalb der Verwaltungen führt zu einer besseren Bewertung und Steuerung von externen Leistungen, die eingekauft werden müssen. Hierdurch kann die Qualität besser bewertet werden, was zu weniger aufwändigen Regressfällen führt. Idealerweise kann teures Outsourcing so auch öfter vermieden werden.

5. Registermodernisierung als Rückgrat der Verwaltungsdigitalisierung
Eine moderne Verwaltung hängt von modernen Registern ab. Die Registermodernisierung ist das Rückgrat der digitalen Verwaltung. Hierüber werden die staatlichen Datenbanken (ehemals Aktenschränke) themenübergreifend zugänglich gemacht, damit Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal eingeben müssen und sie wieder abrufen können. Hierbei muss Datenschutz und Cybersicherheit gewahrt sein.

Darüber hinaus fordern wir, dass Sachsen-Anhalt als OZG-Themenfeldführer für das Thema Bildung diese Rolle auch bei der Registermodernisierung beibehält und ein einheitliches Bildungsregister entwickelt. Dies ermöglicht die lebenslange Bildungskarriere aller Menschen, von der Schule bis hin zur akademischen oder beruflichen Qualifikation, sicher zugänglich zu machen.

6. Datensicherheit und Cybersicherheit
Die zunehmende Digitalisierung macht Verwaltungen anfällig für Cyberangriffe (siehe Vorfall in Anhalt-Bitterfeld). Gerade in Zeiten hybrider Bedrohungen durch hoch professionelle staatliche und krimininelle Angreifer ist es

essenziell, unsere Daten und Infrastrukturen zu schützen. Deshalb setzen wir uns ein für:

- einen handlungsfähigen Staat, welcher seine Infrastrukturen und Souveränität schützt, aber gleichzeitig die Bürger*innenrechte wahrt,
- den verstärkten Einsatz von Open-Source-Lösungen, um Abhängigkeiten zu minimieren und Sicherheit zu erhöhen,
- Zentralisierte Rechenzentren und den Aufbau eines Security Operations Centers (SOC), um Sicherheitsbedrohungen flächendeckend zu überwachen und zu bekämpfen.
- Zentralisierung von hoch qualifiziertem sicherheitstechnischem Personal zur optimierten Nutzung von Ressourcen.

7. Deutsche Verwaltungscloud als Standardisierungsinstrument
Die deutsche Verwaltungscloud soll eine einheitliche Basis als erstem Schritt auf dem Weg zu Government-as-a-Plattform zu schaffen, um den Kommunen und Verwaltungen in Sachsen-Anhalt eine schnelle Handlungsfähigkeit zu ermöglichen. Sie trägt zur Standardisierung bei und hilft, Ressourcen effektiver zu nutzen. (Cloudifizierung ist die Automatisierung der IT).

8. Landes-Datenstrategie
Durch die Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Datenstrategie kann Sachsen-Anhalt die Chancen der Digitalisierung besser nutzen, die Verwaltungseffizienz steigern und innovative Lösungen für die Herausforderungen des Landes entwickeln.
Durch die strategische Nutzung und Vernetzung von Daten können neue Erkenntnisse gewonnen und Innovationen gefördert werden. Dies ist besonders wichtig für die Entwicklung von Smart Cities, Smart Regions und die Förderung digitaler Innovationen. Darüber hinaus ist die Kenntnis der Datenlandschaft notwendig für die Umsetzung der Registermodernisierung, der Cloud-Nutzung und der Anwendung von KI im Land.

Für eine Landes-Datenstrategie sprechen darüber hinaus der Bedarf für Standardisierung (wie von Datenformaten), Interoperabilität zwischen verschiedenen Systemen, einheitliche Speicherung bis hin zur Langzeitarchivierung und die Sicherstellung von Vertraulichkeit (Geheimschutz) sowie von Schutzbedarfen.

Der Open-Data-Ansatz als Teil einer Datenstrategie setzt die weitgehende Bereitstellung öffentlicher Daten zum Ziele der Transparenz (wie für Journalismus, Forschung oder Zivilgesellschaft) und für die wirtschaftliche Entwicklung voraus.

Im Zuge der Automatisierung müssen jedoch nicht immer alle Daten zentral, beispielsweise in KI-Systeme, eingespeist werden. Vielmehr muss im Zentrum einer Datenstrategie auch das Ziel einer Datensparsamkeit stehen. Missbräuchlicher Zugriff auf Daten von Bürger*innen muss verhindert werden.

9. KI-Governance und Nachhaltigkeit
Der Einsatz von "Künstlicher Intelligenz" (KI) könnte enorme Potenziale bergen, muss jedoch streng kontrolliert und überwacht werden. Der EU AI Act sieht klare Vorgaben vor, doch Sachsen-Anhalt fehlt noch eine Governance für den übergreifenden Einsatz von KI in der Verwaltung. Wir fordern:

- Ein Monitoring- und Controllingsystem für den KI-Einsatz in der Verwaltung durch ein KI-Register erstellen.
- Nachhaltigen Infrastrukturen aufzubauen, da KI-Modelle viele Ressourcen benötigen und im Sinne der Begrenzung des immensen Energieverbrauchs nur dort eingesetzt werden sollten, wo sie wirklich sinnvoll sind.
- Aus- und Weiterbildung zum reflektierten Umgang mit KI zu etablieren, um eine menschenzentrierte Digitalisierung sicherzustellen.
- Der KI-Trainingsprozess muss (Gender-, Weltanschauungs-…) neutrale Ergebnisse sicherstellen.
- Menschliche Revision muss möglich sein und erklärbare KI sollte genutzt werden.

10. Kosten
Mittel- bis langfristig kann ein gut umgesetzter Digitalprozess Ressourcen einsparen. Durch einheitliche technische Lösungen und effizienten Personaleinsatz ergeben sich Skalierungseffekte und Kosteneinsparungen. Vor dem Hintergrund eines steigenden Verwaltungsaufwands z.B. durch Mobilitäts- und Energiewende, ist jedoch in diesen Bereichen keine absolute Kostenersparnis erwartbar. Für die Beibehaltung bisheriger Kosten oder für eine Kostensenkung sind allerdings kurzfristig zunächst Investitionen notwendig. Die Vermeidung von teuren Doppelstrukturen kann dafür Mittel bereitstellen.
Im Zuge der Neuordnung von Verwaltungsaufgaben durch die digitale Transformation muss auch der Finanzausgleich über alle Verwaltungs- und Politikebenen hinweg neu gestaltet werden.

Zusammenfassung
Der demografische Wandel, der Mangel an Fachkräften und der Vertrauensverlust in Staat und Politik sind Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Digitale Transformation geht über reine Schaufensterdigitalisierung hinaus und ist ein sehr wirksames Mittel. Wir müssen die Verwaltung digitaler, sicherer und effizienter gestalten, indem wir die Zusammenarbeit mit Kommunen stärken, Verwaltungsprozesse zunächst unter die Lupe nehmen und dann ganzheitlich digitalisieren und dabei Datensicherheit sowie den Einsatz von KI nachhaltig und verantwortungsvoll gestalten. Sachsen-Anhalt hat die Chance, bei der Verwaltungsdigitalisierung eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Lasst uns diese Chance gemeinsam nutzen!